

Gender Budgeting

Beuter, Isabel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Beuter, I. (2003). Gender Budgeting. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Frauenforschung 2003/1, 11-22. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-202031>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Gender Budgeting

Isabel Beuter¹

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS

1 Einleitung

Im Rahmen der Diskussion um die Einführung, Umsetzung und Verankerung von Gender Mainstreaming taucht zunehmend auch der Begriff des Gender Budget bzw. des Gender Budgeting als Instrument des Gender Mainstreaming auf.

In diesem Beitrag soll versucht werden zu diskutieren, was unter Gender Budgeting zu verstehen ist, woraus sich Gender Budgeting entwickelt hat und welche Umsetzungsbestrebungen bisher bekannt sind.

2 Begriffsklärungen

In der deutschsprachigen Literatur sind bisher wenige Ausführungen zum Thema Gender Budgeting zu finden. Die verwendeten Begrifflichkeiten sind nicht eindeutig und gleiche Begriffe werden unterschiedlich ausgelegt. Diese Tendenz ist auch in der englischsprachigen Literatur festzustellen, so dass nicht von reinen Übersetzungsunterschieden auszugehen ist.

Gender Budgeting, international häufig auch unter dem Begriff *Gender Responsive Budget Initiative*² geführt, bezieht sich auf Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik und geht von der Grundlage aus, dass die Verwendung einzelner Teile eines Gesamtbudgets (ob auf institutioneller, kommunaler, regionaler, nationaler oder internationaler Ebene) unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben kann. Damit wird eine geschlechtsneutrale Zuwendung von Mitteln in Frage gestellt (vgl. exemplarisch Schratzenstaller 2000 und Lowe Morna 2000).

Ausgehend von der vorliegenden Literatur wird in diesem Beitrag vorgeschlagen, den Begriff *Gender Budgeting* in zwei Teile zu untergliedern. Der erste Teil eines kompletten Gender Budgetings umfasst dabei das Verfahren der Untersuchung eines Haushalts auf geschlechtsspezifische Auswirkungen, die *Gender-Budget-Analyse*. Ein sich anschließender zweiter Teil, für den hier der Begriff *Gender-Budget-Plan* vorgeschlagen wird, sollte einen Ausblick auf zukünftige Haushaltsaufstellungen geben und Veränderungsvorschläge für einen geschlechtergerechten Haushalt machen. Sowohl in die Analyse als auch in den Plan fließt dabei die Frage nach der Beteiligung der Geschlechter an der Aufstellung, Verabschiedung und Umsetzung des Haushaltes in die Bewertung ein.

1 Ich danke meinen Kolleginnen Dr. I. Lind, Dr. A. Löther und Dr. B. Mühlenbruch für wertvolle Diskussionsbeiträge zu diesem Thema.

2 Budlender / Hewitt schreiben dazu: „The term ‚gender responsive budget‘ is increasingly being adopted as the standard name for a variety of processes which have been hitherto referred to as ‘applied gender budget analysis’, ‘gender-sensitive budgets’, ‘gender budgets’ and ‘women’s budgets’” (2002: 7).

2.1 Gender-Budget-Analyse

Ausgangspunkt für eine Gender-Budget-Analyse ist zunächst die Frage nach den Auswirkungen von Ausgaben und Einnahmen innerhalb eines bestehenden Haushaltes.

Dies heißt im Einzelnen:

- wer profitiert von welchen Ausgaben?
- wer trägt, z.B. über Steuern, wie zu welchen Einnahmen bei?

In einem zweiten Schritt wird gefragt, wie sich Veränderungen in einzelnen Ausgabe- und Einnahmeposten auswirken und ob dabei Unterschiede in den Auswirkungen auf Frauen und Männer festzustellen sind.

Dabei stehen zwei Fragen im Mittelpunkt:

- wer trägt die Hauptlast der im Haushalt festgeschriebenen geplanten Veränderungen?
- wer profitiert von diesen Veränderungen?

Die Frage nach Veränderungen in Haushaltsposten kann dabei zum einen rückwirkend gestellt werden, d.h. bereits abgeschlossene Haushaltsjahre mit einschneidenden Veränderungen (z.B. Gesetzesänderungen, Kürzungen in einem bestimmten Bereich) werden mit dem Wissen der Gegenwart auf ihre Auswirkungen hin analysiert. Zum anderen kann aber auch vorausschauend versucht werden, die Auswirkungen geplanter Budget-Veränderungen zu berechnen. Anders ausgedrückt kann bei der Gender-Budget-Analyse zwischen dem Prozess der *Überprüfung* eines bestehenden (öffentlichen) Haushaltes und, bereits im Vorgriff auf den Gender-Budget-Plan der *Erstellung* eines zukünftigen (öffentlichen) Haushaltes unterschieden werden.

Für die Beschreibung analysierter Haushalte lässt sich dann zwischen drei Haushaltsmodellen unterscheiden (vgl. Schratzenstaller 2002: 135/136):

- geschlechtsblinde,
- geschlechtsneutrale und
- geschlechtsbewusste Haushalte.

Ein Haushalt gilt als *geschlechtsblind*, wenn er bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ignoriert oder zu deren Verfestigung beiträgt. Dabei wird zwischen intendierten (z.B. Ehegattensplitting in Deutschland) und nicht-intendierten Effekten (z.B. Bildungsausgaben, von denen Jungen bzw. Männer mehr profitieren, wenn sie eine stärkere Bildungspartizipation aufweisen als Frauen) unterschieden.

Ein Haushalt gilt als *geschlechtsneutral*, wenn sich die Effekte der Mittelverwendung für Frauen und Männer nicht unterscheiden. Dies bedeutet aber auch, dass einseitig begünstigende Maßnahmen, ob für Frauen oder für Männer, vermieden werden (keine „positive discrimination“).

Ein Haushalt gilt als *geschlechtsbewusst* (engl.: gender-sensitive), wenn Maßnahmen und Instrumente angestrebt werden, die bestehende Ungleichheiten beseitigen sollen. Dies ist der Fall, wenn Maßnahmen bewusst nicht neutral sind, sondern eine Gruppe, z.B. Mütter, bevorzugen, indem zusätzliche Mittel für Kinderbetreuung bereitgestellt werden, damit diese Frauen trotz der immer noch

vorherrschenden Arbeitsteilung und damit der Zuständigkeit für die Familien-/Kinderarbeit (auch) einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

2.2 Gender-Budget-Plan

Der Übergang zum Gender-Budget-Plan, der auf der Grundlage einer Gender-Budget-Analyse Veränderungsvorschläge für die Umstrukturierung finanz- und steuerpolitischer Maßnahmen zur Erreichung eines geschlechtergerecht(er)en Haushaltes beinhaltet, ist fließend. Ein Gender-Budget-Plan sollte unter Einbeziehung der Ergebnisse der Analyse darstellen, für welche Posten des Haushaltes welche Änderungen vorgenommen werden müssten, um die Mittel zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen. Er macht außerdem Vorschläge, wie Ausgaben oder Einnahmen so umverteilt bzw. geändert werden müssten, damit sie zu geschlechtergerechteren Ergebnissen führen, dass z.B. wirklich diejenigen profitieren, denen Ausgaben zugute kommen sollen.

Budlender / Hewitt verweisen in ihrer Zusammenstellung von Initiativen darauf, dass nach ihrem Wissen noch kein Land Gender Budgeting vollkommen umgesetzt und einen durchgängig geschlechtergerechten Haushalt aufgestellt hätte (2002: 7). Zumeist beschränken sich die Initiativen auf die Gender-Budget-Analyse einzelner Bereiche oder Projekte (Budlender / Hewitt 2002: 12). Dies zeigt sich auch in der Betonung der Analyse in der Literatur und dürfte ausschlaggebend dafür sein, dass sich bisher kein separater Begriff, wie etwa der hier vorgeschlagene Gender-Budget-Plan, für die zukünftige Haushaltsaufstellung durchgesetzt hat.

2.3 Partizipation

Ein prinzipielles Anliegen des Gender Budgetings, sowohl in der Analyse als auch in der Darlegung von Alternativvorschlägen, ist die Offenlegung der Entstehung eines Haushaltes, d.h. es soll auch die Frage beantwortet werden, wer über einzelne Haushaltsposten bzw. den Gesamthaushalt entscheidet oder entschieden hat.

- Es wird dabei im Sinne der Gleichstellung eine die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegelnde Repräsentanz der Geschlechter angestrebt.
- Für die relevanten Ausschüsse im Deutschen Bundestag ergibt sich dabei folgendes Bild:³
- von den insgesamt 603 Mitgliedern des Bundestages sind 194 bzw. *32% Frauen*
- von den insgesamt 45 ständigen Mitgliedern des Haushaltsausschusses sind 14 bzw. *31% Frauen* (stellvertretende Mitglieder: 8 bzw. 18% Frauen)
- von den insgesamt 33 ständigen Mitgliedern des Finanzausschusses sind 7 bzw. *21% Frauen* (stellvertretende Mitglieder: 13 bzw. 39% Frauen)
- von den insgesamt 42 ständigen Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit sind 10 bzw. *24% Frauen* (stellvertretende Mitglieder: 13 bzw. 31% Frauen)
- Vergleich Europäisches Parlament:
 - 626 Abgeordnete, davon 194 bzw. *31% Frauen*
 - Haushaltsausschuss: 41 ständige Mitglieder, davon 11 bzw. *27% Frauen*

3 Eigene Zusammenstellung, Stand 12/2002.

- Ausschuss für Wirtschaft und Währung: 42 ständige Mitglieder, davon 11 bzw. 26% Frauen
- Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: 39 ständige Mitglieder, davon 9 bzw. 23% Frauen

Neben der Unterrepräsentanz von Frauen allgemein (nur 32% bzw. nur 31% der Abgeordneten sind Frauen), zeigt sich, dass Frauen in den relevanten Ausschüssen noch geringer repräsentiert sind als in den Parlamenten. Für das Europäische Parlament wurde an dieser Stelle auch der bzgl. der Mittelverteilung besonders wichtige Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung exemplarisch dargestellt.

Die Aufstellung unterstreicht, dass Frauen in den Haushaltsfragen besonders betreffenden Ausschüssen über nur geringe Einflussmöglichkeiten verfügen und somit im Sinne einer geschlechtergerechten Partizipation weiterer Handlungsbedarf besteht.

3 Entstehungsgeschichte von Gender Budgeting

Die erste Initiative für ein Gender Budgeting ging Mitte der 1980er Jahre von der Ökonomie-Professorin Rhonda Sharp aus und führte in Australien zunächst zu einer 5-Jahres-Agenda für Frauen, mit der versucht wurde, staatliche Mittel gerechter zwischen Frauen und Männern aufzuteilen. Theoretisch fundiert wurden die Überlegungen in der feministischen Wirtschaftstheorie, die kritisiert, dass herkömmliche makroökonomische Theorien die unbezahlte Reproduktionsarbeit von Frauen nicht berücksichtigen (vgl. Lowe Morna 2000). Dieser Gedanke wurde dahingehend weitergeführt, dass folglich auch staatliche Haushaltpläne nur scheinbar geschlechtsneutral sind, sich öffentliche Einnahmen und Ausgaben aber tatsächlich unterschiedlich auf Frauen und Männer verteilen. Diese Verteilung kann auf unterschiedlichen Annahmen über die Arbeits- und Aufgabenverteilung von Frauen und Männern beruhen, die durch das Gender Budgeting sichtbar gemacht werden sollen (Schratzentsteller 2000: 3). Die mangelnde Berücksichtigung reproduktiver Arbeit als Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung begründet dabei gleichzeitig die Forderung, die Prioritäten in der öffentlichen Mittelverteilung neu zu setzen. Dabei berücksichtigt Gender Budgeting auch die soziokulturellen Bedingungen eines Landes, die Auswirkungen auf die Teilhabe(-möglichkeiten) von Frauen und Männern an öffentlich finanzierten Maßnahmen haben.⁴

Außer in Australien spielte das Gender Budgeting zunächst vor allem in der Entwicklungshilfepolitik eine Rolle. Dort soll bei der Vergabe von Mitteln darauf geachtet werden, wie diese Mittel eingesetzt werden und ob dies unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer hat. Dabei sind beispielsweise auch Fragen nach dem rechtlich gewährten Zugang zu Grund- und Kapitalbesitz von Bedeutung.

Die Zielsetzungen des Gender Budgeting sind demnach von den herrschenden Rahmenbedingungen eines Landes abhängig. Während in vielen Ländern zunächst die rechtliche Gleichstellung im Mittelpunkt steht, gilt es in anderen Ländern, die rechtlich festgeschriebene Gleichstellung und die damit verbundenen gleichstellungs-politischen Maßnahmen mit den notwendigen finanziellen Ressourcen auszustatten. Gender Budgeting stellt also ein Instrument zur Verfügung, das darauf zielt, gesetzliche Ansprüche auch tatsächlich umzusetzen, also von einer de jure Gleichstellung zu einer faktischen Gleichstellung zu kommen. In ihrer Einführung zur Konferenz „Gender Budgets, Financial Markets,

4 Eine kompakte Einführung in die theoretische Fundierung von Gender Budgeting bietet Elson 1999.

Financing for Development. The Gender Dimension of the Global Financial Architecture“ im Februar 2002 fasste Prof. Brigitte Young die Bedeutung von Gender Budgeting folgendermaßen zusammen: „Gender Budgeting is an institutional innovation that transforms budgetary processes in a way that public spending and public investment become consistent with social priorities including gender equality and women’s empowerment“ (Internet-Dokumentation der Tagung „Gender Budgets“, s. http://www.glow-boell.de/home/content/d/about_us/FI_deutsch/Dokumentationen/Genderbudget/Welcome/render_top)

3.1 Inhaltliche Grundideen

Auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 stellten vor allem Frauen aus Staaten der südlichen Hemisphäre praktischen Erfahrungen vor, die sie aus der Not der Schuldenfalle, in denen ihre Herkunftsländer stecken, entwickelt hatten. Mit Gender Budgeting Projekten wollten sie zum einen zeigen, dass und wie verschiedenen gesellschaftliche Gruppen (Frauen, Männer, Kinder, Schwarze und Weiße, Alte und Junge) von staatlichen Maßnahmen unterschiedlich profitieren, zum anderen ging es um die Fragen der unterschiedlichen Auswirkungen von Ausgabenkürzungen.

Neben dieser Ausgabenseite soll Gender Budgeting aber auch die Einnahmenseite (z.B. Steuern und Abgaben, aber auch nicht-entstandene Ausgaben durch die Übernahme von Aufgaben von Privathaushalten) betrachten und herausarbeiten, dass und in welcher Weise öffentliche Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer verteilt sind und wie sie zukünftig gerechter verteilt werden können.

Dabei muss der jeweilige soziokulturelle Zusammenhang berücksichtigt werden, z.B. Fragen nach dem implizierten Rollenverständnis, auf dem ein Steuersystem beruhen kann, oder nach der Rolle der Sozialversicherungssysteme. Die Durchführung eines Gender Budgeting orientiert sich also je nach Land an unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen.

Die unterschiedlichen Aspekte des Gender Budgetings können am Beispiel der Sozialausgaben eines Landes, die in Zeiten knapper Kassen unter besonderer Beobachtung stehen, anschaulich dargestellt werden:

Neben der Frage, wer von geplanten Kürzungen betroffen ist, umfasst das Gender Budgeting auch die Frage nach den Folgekosten solcher Kürzungen. Die Erfahrungen bisheriger Projekte zeigen, dass Frauen als Hauptagentinnen der Reproduktionsarbeit häufig in die häusliche Rolle zurückgedrängt werden, wenn im Zuge der Kürzungen im sozialen Bereich Teile dieser Arbeit nicht mehr vom Staat übernommen werden. Sie stehen damit dem Arbeitsmarkt nicht mehr im gleichen Umfang zur Verfügung, was wiederum Auswirkungen für die Wirtschaft, aber auch für die Frauen persönlich und beispielsweise ihre Altersversorgung hat.⁵ Die Frage der Altersvorsorge ist dabei ein typisches Beispiel für die sich nach Ländern unterscheidenden Rahmenbedingungen.

5 Die Stadt Zürich konnte in einer Studie belegen, dass die Kosten für eine umfassende Kinderbetreuung weit unter dem volkswirtschaftlichen Nutzen liegen, u.a. weil das Familieneinkommen (und damit die Kaufkraft) und die Einnahmen der Sozialversicherungen steigen; außerdem konnten Frauen durch die verbesserten Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt eine eigene Altersversorgung aufbauen. (vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/9200: 105).

Das Beispiel der Sozialausgaben zeigt somit Gefahren und Chancen einer Diskussion um geschlechtergerechte Haushalte:

- Der Handlungsspielraum für die Haushaltsplanung ist zur Zeit angesichts einer schlechten allgemeinen Wirtschaftslage besonders gering. Jede Debatte über Haushaltskürzungen läuft dabei Gefahr, auf einen Verteilungskampf zwischen potentiell betroffenen, sozial schwachen oder benachteiligten Gruppen (z.B. Arbeitslose oder Migranten und Migrantinnen) oder auf einen Verteilungskampf zwischen einzelnen Haushaltskapiteln (z.B. Bildungs- gegen Kulturausgaben) hinauszu laufen.
- Haushalte, die dem Gender Budgeting unterzogen wurden, können unkalkulierte Folgekosten von Kürzungen aufzeigen und dabei zu einer effektiveren Nutzung der knappen Ressourcen beitragen helfen.

Sie können außerdem aufzeigen, wo Kostenverursacher stärker in den Blick genommen werden sollten, anstatt nur die Ausgabenempfänger zu sehen.⁶

Zu betonen ist, dass das Instrument des Gender Budgeting nicht darauf abzielt, Kürzungen im Sozialbereich grundsätzlich zu vermeiden oder ohne konkrete Planungen die Ausgaben für frauenspezifische Programme zu erhöhen. Im Blick ist und bleibt der Gesamthaushalt, inkl. der Frage nach der Entstehung von Haushaltsposten. Um im Umgang mit Gender Budgeting vertraut zu werden und die Vorgehensweisen einzuüben, werden aber zunächst häufig Einzelprojekte herausgenommen (vgl. die Aufstellung von Projekten in Deutschland und international unter 4.1 und 4.2, die ausnahmslos zunächst an Teilbereichen des Gesamthaushaltes ansetzen).

3.2 Gender Budgeting und Gender Mainstreaming

Ähnlich wie Gender Budgeting hat auch Gender Mainstreaming seine „Karriere“ in der Entwicklungshilfepolitik begonnen (Lind / Loether 2001: 2). Als ein zentrales Jahr für die Weiterentwicklung von Gleichstellungsbestrebungen und die Umsetzung von frauenpolitischen Zielen kann dabei das Jahr 1995 angesehen werden. Die zahlreichen Diskussionen, die in der Vorbereitung auf die 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking stattfanden, und die Beschlüsse, die dort gefasst wurden, ebneten den Weg zur Implementierung von Gender Mainstreaming als Strategie und Methode zur Verbesserung der Gleichstellung.

Der Begriff des Gender Mainstreaming ist dabei bis heute nicht eindeutig definiert (für eine ausführliche Diskussion hierzu s. Lind / Löther 2001). Nach der allgemeinen Informationsbroschüre der Bundesregierung bedeutet Gender Mainstreaming, „bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen“ (BMFSFJ 2002: 5). Danach wird Gender Mainstreaming als Aufgabe verstanden, zu deren Umsetzung in einem notwendigen nächsten Schritt Instrumente entwickelt werden müssen. Für den Finanzbereich könnte sich Gender Budgeting als ein solches Instrument des Gender

6 Ein anschauliches Beispiel hierfür sind Folgekosten häuslicher Gewalt, z.B. für soziale Einrichtungen oder für das Gesundheitssystem. Kürzungen in diesem Bereich würde Frauen doppelt betreffen: sie sind i.d.R. die Opfer häuslicher Gewalt und leiden unter den Kürzungen; gleichzeitig sind sie nicht die eigentlichen Kostenverursacher. Kürzungen der Sozialleistungen haben in diesem Fall weder einen positiven Einfluss auf die Ursachen, d.h. die Gewaltanwendung, noch können sie in irgendeiner Form dazu beitragen, weitere Folgekosten zu vermeiden.

Mainstreaming herauskristallisieren. Dies zeigte sich z.B. bei der Folgekonferenz zu Peking im Jahr 2000 in New York, auf der „Gender Budgeting als *die* Innovation allen Staaten als Teil der Gender-Mainstreaming-Prozesse empfohlen wurde“ (Petra-Kelly-Stiftung 2002: 16).

Ähnlich wie Gender Mainstreaming nicht zum Ersatz für Gleichstellungsbeauftragte und Frauenförderung werden soll und darf, bedeutet Gender Budgeting nicht, spezielle Frauenhaushalte zu schaffen, die einen Extraposten im Gesamthaushalt ausmachen und die übrigen Bereiche unberührt lassen (vgl. UNIFEM 2000). Gleichzeitig schließen weder Gender Mainstreaming noch Gender Budgeting spezielle Frauenförderung oder spezielle Frauenfördermittel im Sinne eines eigenen Postens im Haushalt aus.

4 Durchführung des Gender Budgeting

Allgemein sind die folgenden zwei Grundvoraussetzungen zu beachten:

- Eine Gender-Budget-Analyse kann nur durchgeführt werden, wenn gender-differenzierte Statistiken über Einnahmen und Ausgaben, über Begünstigte und Betroffene vorliegen.
- Der länderspezifische Kontext muss beachtet werden, d.h. (unterschiedliche) ökonomische und soziale Probleme und gesellschaftliche Aufgabenzuschreibungen, die Frauen und Männer im untersuchten Land betreffen, müssen in die Bewertung von Maßnahmen, Steuern, finanziellen Unterstützungen u.a. einbezogen werden.

Im konkreten Einzelfall bedeutet dies (zu den folgenden Ausführungen vgl. Schratzenstaller 2002):

- Zunächst muss geklärt werden, worauf sich das Gender Budgeting beziehen soll und welche einzelnen Kapitel oder Projekte ggf. exemplarisch betrachtet werden sollen.
Dabei kann die Initiative zu einem Gender Budgeting von unterschiedlicher Seite ausgehen:
 - Das Gender Budgeting kann top-down eingefordert werden, also von der Bundesregierung, Landesministerpräsident/innen oder von Sachminister/innen.
 - Nicht-Regierungsorganisationen können beteiligt werden, entweder als Anstoßende, als Beteiligte oder als federführende Institution.
(Dies könnte, wenn man sich die oben angeführte Beteiligung von Frauen an den entscheidenden Ausschüssen in der BRD bzw. der EU ansieht, auch den Vorteil haben, dass über NROs, in denen Frauen stark beteiligt sind, der Anteil der Frauen an den Entscheidungsprozessen gesteigert würde.)
- Danach muss entschieden werden, ob innerhalb des gewählten Haushaltes oder Kapitels alle Einnahmen und Ausgaben betrachtet werden sollen, oder ob die Analyse (und ein anschließender Bericht) auf einzelne Einnahme-/Ausgabengruppen beschränkt wird.
Dabei können entweder absolute Größen (z.B. Bildungsausgaben; Bildungsausgaben für Mädchen / Jungen, Bildungsausgabe pro Mädchen / Junge oder die prozentuale Veränderungen zum Vorjahr (Ausgaben sind gestiegen / gefallen) Gegenstand der Analyse sein. Im Idealfall sollten beide Betrachtungsweisen berücksichtigt werden.
- Die besondere Problematik der Sozialversicherungssysteme und die in ihnen festgeschriebene Rollenzuschreibung, ihre Einnahmen und Ausgaben, muss in das Gender Budgeting einbezogen werden (für Deutschland z.B. die Besonderheiten im Rentensystem, Stichwort „Witwenrente“, oder die Familienmitversicherung der gesetzlichen Krankenkassen).

- Gender Budgeting sollte sich nicht auf den laufenden Haushalt beschränken, sondern Bestandteil der Haushaltsplanung werden. Hierzu sind Analysen abgeschlossener und laufender Haushalte nützlich, eine mittelfristige Zielvorstellung (soll der Haushalt geschlechterneutral oder geschlechtersensibel sein, Wirkung mittelfristiger Maßnahmen) ist unerlässlich. Bisher beschränken sich Gender-Budgeting-Projekte jedoch auf die Analyse von Haushalten und die Formulierung von Alternativen. Eine Implementierung, d.h. eine Institutionalisierung in die haushaltspolitische Planung, wurde nicht vorgenommen.
- Um zumindest eine Berücksichtigung (wenn auch keine Institutionalisierung) des Gender Budgeting zu erreichen, empfiehlt es sich, die Analyse und daraus folgende Veränderungsvorschläge noch während der laufenden Haushaltsdebatte möglichst öffentlichkeitswirksam vorzustellen. Eine Veröffentlichung der Gender Budgeting Ergebnisse zusammen mit der Vorstellung des verabschiedeten Haushalts kann zwar keine Veränderung des Haushaltes mehr bewirken, erreicht aber wahrscheinlich ein größeres Publikum und könnte somit im Hinblick auf kommende Haushaltsplanungen Türen öffnen.

Bei der Betrachtung von Gesamthaushalten und den anteiligen Ausgaben, die speziell Frauen und Mädchen zugute kommen, ist überdies genau zu prüfen, ob alle Ausgaben, die speziell für Frauen und Mädchen getätigt werden, auch tatsächlich zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen, d.h. auch die Wirkung von Maßnahmen muss berücksichtigt werden, z.B. durch die Untersuchung der Art, wie Männer und Frauen mit finanziellen Zuweisungen umgehen. So konnte für den Bereich der Ausgaben zur Bekämpfung von Kinderarmut in zahlreichen Ländern gezeigt werden, dass diese, wenn sie den Frauen ausgezahlt werden und nicht dem Mann als „Haushaltsvorstand“, tatsächlich im größeren Maße dem Kind zugute kommen.⁷ Wenn man daraus aber den Schluss zieht, solche Mittel in 2-Eltern-Familien nur Frauen ausbezahlen, besteht andererseits die Gefahr, dass die Zuständigkeit der Frau für den familiären Bereich gefestigt wird und somit Anstrengungen für eine gleichmäßigere familiäre Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern beeinträchtigt werden.

Eine tabellarische Auflistung ausgewählter Beispiele eines Gender Budgeting aus deutscher Perspektive (Einnahme- und Ausgabegruppen, positive und negative direkte und indirekte Effekte) bietet Schratzenstaller (2002: 149).

4.1 Gender Budget Initiativen in Deutschland

- Gender Budgeting ist als Instrument des Gender Mainstreaming Regierungspolitik, die Umsetzung ist jedoch noch nicht konkretisiert. Im Koalitionsvertrag für die Regierungszeit 2002-2006 heißt es: „Gender Mainstreaming soll als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig verankert werden. Gender Budgeting ist Teil dieser Strategie.“

Im folgenden wird versucht, eine chronologische Auflistung bisheriger Initiativen und Projekte in Deutschland⁸ zusammenzustellen:

⁷ Während Frauen offensichtlich das ihnen zur Verfügung gestellte Geld so verwenden, dass es tatsächlich den Kindern zugute kommt, neigen Männer dazu, einen Teil des Geldes für ihren persönlichen Nutzen, z.B. ihre Freizeitaktivitäten, auszugeben (Elson 2002:12).

⁸ Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie bezieht sich lediglich auf der Autorin bekannte Initiativen.

- Berlin hat als erstes Bundesland im Koalitionsvertrag der SPD-PDS-Regierung vereinbart, auf eine geschlechtergerechte Haushaltsführung hinzuwirken. So sollen laut Koalitionsvertrag Wirtschaftsförderprogramme auf ihre Wirksamkeit zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit überprüft werden. Grundlagen für diese Entwicklung hat dabei u.a. die „Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin“ geschaffen.
- Mecklenburg-Vorpommern hat im Koalitionspapier der rot-roten Landesregierung festgelegt, dass in den nächsten vier Jahren Gender Mainstreaming weiter in der Verwaltung implementiert werden soll. Dazu sollen auch die für ein Gender Budgeting unerlässlichen geschlechterdifferenzierten Statistiken entwickelt, erhoben und ausgewertet werden.
- Die Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete im Februar 2002 eine Tagung in Berlin mit dem Titel „Gender Budgets, Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung. Gender Aspekte der internationalen Finanzarchitektur“, an der führende ausländische Wissenschaftlerinnen teilnahmen, die seit Jahren mit Gender Budgeting befasst sind.
- In NRW befindet sich eine an die Berliner Erfahrungen anlehrende Initiative im Aufbau, an der auch der Koalitionspartner in der Landesregierung, Bündnis 90/Die Grünen, beteiligt ist. Ende September 2002 fand dazu eine Tagung unter dem Titel „Gender Budgeting: Sperriger Name - lohnendes Ziel“ statt. Die Dokumentation der Veranstaltung ist im Internet abrufbar unter <http://www.gruene.landtag.nrw.de/publik/info03/0302-Gender-Budgeting.htm>
- Renate Künast, Bundesministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, erklärte in einer Rede am 01.11.2002 (Herbsttreffen der Frauen in den Medien von ARD und ZDF), dass sie prüfen lasse, ob Gender Budgeting ein Baustein des Gender Mainstreaming Konzeptes in ihrem Ministerium sein könnte.
- Der Verband Baden-Württembergischer Wissenschaftlerinnen VBWW hat auf seinem Symposium im November 2002 eine Resolution verabschiedet, in der u.a. die Einführung des Gender Budgeting gefordert wird, um damit Mittel zur Umsetzung des Gender Mainstreaming für den Hochschulbereich in Baden-Württemberg freizusetzen.
- In Frankfurt wurde im Januar 2003 der „Arbeitskreis Gender-Budget“ gegründet, der den Etat der Stadt Frankfurt analysieren will. In einem ersten Schritt wird dazu die Jugendhilfe untersucht, da für diesen Bereich die erforderlichen geschlechterdifferenzierten Statistiken vorliegen. (<http://www.agisra.de> - die Homepage befindet sich noch im Aufbau)

4.2 Internationale Verbreitung

Gender Budgeting wird oder wurde in zahlreichen Staaten der Erde durchgeführt, die Art der Umsetzung und der Umfang der Gender Budgeting Projekte aber variiert. Die Entwicklungshilfe als einer der Motoren für die Verbreitung von Gender Budgeting (vgl. Schratzenstaller 2002: 136/137) spiegelt sich in der geographischen Verteilung der Länder, in denen bisher Gender Budgeting Initiativen aktiv wurden: von den 2002 rund 50 Staaten (Budlender / Hewitt 2002: 8) liegt ein großer Teil in Afrika, Lateinamerika, der Karibik und den ärmeren Regionen Asiens. In den letzten Jahren haben sich aber vermehrt auch Initiativen in Europa gegründet.

- Ausgangspunkt des Gender Budgeting war Australien, das über 12 Jahre hinweg Gender-Budgeting-Projekte „top-down“ durchführte. Mit dem Regierungswechsel 1996 wurden diese Aktivitäten zunächst jedoch trotz positiver Erfahrungen deutlich zurückgenommen.

- 1996 richtete das „Commonwealth Secretariat“ als oberste Koordinierungsstelle der Regierungen der Mitgliedsstaaten des Commonwealth ein Programm zur Umsetzung von Gender Budgets ein. Dieser Einfluss zeigt sich heute darin, dass unter den aktiven Staaten viele zum Commonwealth gehören (z.B. Bangladesch, Indien, Sri Lanka, Südafrika, Uganda).
- In Europa ist, durch den Zusammenhang mit dem Commonwealth wenig überraschend, das Vereinigte Königreich an erster Stelle zu nennen. Dort gibt es nicht nur eine zentrale Gender Budget Group in Westminster, sondern auch eine unabhängige regionale schottische Gruppe, die eng mit dem Parlament in Edinburgh zusammenarbeitet.
- Die skandinavischen Staaten haben sich für die Jahre 2001-2005 verpflichtet, die Gender-Budget-Perspektive als eines von drei Hauptzielen zu verfolgen (Nordic Co-Operation Programme on Gender Equality 2001-2005; unter www.norden.org).
- In der Schweiz wurde belegt, dass die Leidtragenden einer rigiden und undifferenzierten Sparpolitik häufig die Frauen sind (Bauer / Baumann 1996). Die Autoren bieten damit fundierte Argumentationshilfen für die Notwendigkeit eines Gender Budgeting, um im Zuge von knappen Finanzmitteln eine ungleiche Behandlung von Männern und Frauen durch die Auswirkungen der Sparpolitik zu vermeiden.
- Im Oktober 2001 fand in Belgien eine Konferenz unter dem Titel „Towards Gender Responsive Budgeting“ statt, an der UNIFEM, die OECD, der Nordic Council of Ministers und die belgische Regierung (in Zusammenarbeit mit dem von Beginn an federführenden Commonwealth Secretariat) beteiligt waren.
- Im Januar 2003 fand eine Anhörung des Ausschusses für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit des Europäischen Parlaments in Brüssel statt. Bei der Anhörung unter dem Titel „Gender Budgeting – die Geschlechterperspektive in den öffentlichen Haushalten“ sprachen u.a. Michaela Schreyer, zuständige Kommissarin für den Haushalt, und Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung.
- Im Juni 2003 soll eine Arbeitsgruppe des Beratenden Ausschusses für Chancengleichheit von Frauen und Männern der Europäischen Kommission unter der Leitung der norwegischen Expertin Ann Havnor einen Bericht zum Thema Gender Budgeting vorlegen. Auftrag der Arbeitsgruppe ist es, die grundlegenden Prinzipien des Gender Budgeting zu erarbeiten, Fragen nach den Möglichkeiten der Umsetzung zu beantworten sowie „best practices“ vorzustellen.⁹

5 Fazit

Gender Budgeting ist ein vielschichtiger, weitreichender Prozess, der sich, bildlich gesprochen, trotz seiner mittlerweile gut 20-jährigen Existenz häufig noch in Kinderschuhen bewegt. Mit der stärker werdenden Betonung des Gender Mainstreaming Ansatzes rückt Gender Budgeting aber auch in Deutschland immer mehr in den Blickpunkt einzelner Gruppen, Organisationen und Parteien. Die bisherige Geschichte des Gender Budgeting hat aber auch gezeigt, wie schwierig es ist, neue Ansätze nachträglich in bestehende Prozesse einzubauen.

⁹ vgl.: „Le fil d’ariane“, Newsletter Nr. 3 des Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit des Europäischen Parlaments; abrufbar unter:
http://www.europarl.eu.int/comparl/femm/newsletter/default_en.htm

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Frage nach der Umsetzung bzw. Einführung von Gender Budgeting an Hochschulen im aktuell laufenden Reformprozess besondere Bedeutung. Diese Diskussion soll zukünftig ausgebaut werden, und die Autorin nimmt Anregungen und Kommentare dazu gerne entgegen: ibeuter@cews.uni-bonn.de.

Literatur

- Bauer, Tobias / Baumann, Beat 1996: An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen. Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BASS). Bern
- BMFSFJ (Hg.) 2002: Gender Mainstreaming. Was ist das? Berlin
- Budlender, Debbie / Sharp, Rhonda / Allen, Kerri 1998: How to do a Gender-Sensitive Budget Analysis. London
- Budlender, Debbie 2000: Review of Gender Budget Initiatives, unter:
<http://www.internationalbudget.org/resources/library/GenderBudget.pdf>
- Budlender, Debbie / Hewitt, Guy (eds.) 2002: Gender Budgets make more cents. Country Studies and Good Practices. London. The Commonwealth Secretariat
- Elson, Diane 1999: Gender Budget Initiative. Background Papers. London: The Commonwealth Secretariat
- Elson, Diane 2002: Gender Responsive Budget Initiatives: Some Key Dimensions and Practical Examples. Paper presented at the conference on „Gender Budgets, Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung. Gender Aspekte der internationalen Finanzarchitektur. 19./20. Februar 2002 in Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (s. Linkliste).
- Hedmann, Birgitta / Perucci, Francesca / Sundstrom, Pehr 1996: Engendering Statistics: A Tool for Change. Stockholm
- Lind, Inken / Loether, Andrea 2001: Schwerpunktthema: Gender Mainstreaming. CEWS-Newsletter 4/2001. <http://www.cews.uni-bonn.de>
- Lowe Morna, Colleen 2000: Gender Budgeting: Myths and Realities. Paper presented at the 25 years International Women's Politics Workshop, Bonn, 13-14 October 2000.
www.genderlinks.org.za/docs/2000/genderbudgeting.pdf
- Petra-Kelly-Stiftung 2002: Gender Budget: Grundlagen – Hintergründe – Handlungsmöglichkeiten. Eine Einführung in die geschlechtergerechte Analyse und Gestaltung des Kommunalhaushalts. Kommunalpolitische Schriftenreihe Nr. 8 / September 2002. München
- Rake, Katherine 2000: Into the Mainstream? Why Gender Audit is an essential tool for policymakers, *New Economy* Vol. 7, No 2: 107-110
- Schratzenstaller, Margit 2000: Durch die Geschlechterbrille gesehen – Haushalt und Finanzen im Überblick. Kommunalpolitisches Frauenforum: Kommunale Finanzen und Geschlechtergerechtigkeit. Veranstaltung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung.
www.nlpb.de/04-pub/pub-beitr01.htm
- Schratzenstaller, Margit 2002: Gender Budget – ein Überblick aus deutscher Perspektive, in: Bothfeld, Silke u.a. (Hg.): Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenbericht aus der politischen Praxis. Frankfurt am Main: 133-155

- Stiegler, Barbara 2001: How gender enters the mainstream: concepts, arguments and practical examples of the EU strategy on gender mainstreaming. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- UNIFEM (Hg.) 2000: Gender-Sensitive Budget Initiatives for Latin America and the Caribbean: A tool for Improving Accountability and Achieving Effective Policy Implementation. New York
- Young, Brigitte 2001: Genderdemokratische Governance der Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion. *Zeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung* He.1/2: 79-91
- Ziegele, Frank 1999: Frauenförderung und Mittelvergabe an Hochschulen. Im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf

Links zum Thema:

- <http://www.gender-budgets.org>
(Gender Responsive Budget Initiatives)
- http://www.unifem.undp.org/gender_budgets/index.html
(United Nations Development Fund for Women)
- <http://www.thecommonwealth.org/gender/>
- <http://www.engender.org.uk/budget.html>
- <http://www.internationalbudget.org>
- http://www.glow-boell.de/home/content/d/about_us/FI_deutsch/Dokumentationen/Genderbudget/Welcome/render_top
(Dokumentation der Konferenz „Gender Budgets, Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung. Gender Aspekte der internationalen Finanzarchitektur. 19./20. Februar 2002)
- <http://www.gruene.landtag.nrw.de/publik/info03/0302-Gender-Budgeting.htm>
(Dokumentation der Veranstaltung „Sperriger Name – Lohnendes Ziel: Gender Budgeting“ im September 2002)
- <http://www.genderlinks.org.za/images/documents/pdf%20files/genderbudgeting.pdf>
(Präsentation: „Gender Budgeting: Myths and Realities“)

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS
Universität Bonn
Poppelsdorfer Allee 15
53115 Bonn
Tel.: 0228-734835
Fax: 0228-734840
cews-info@cews.uni-bonn.de
<http://www.cews.uni-bonn.de>

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung

Center of Excellence Women and Science (CEWS) Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Das CEWS wird für den Zeitraum 2000 – 2005 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung als eine international ausgerichtete Informations- und Koordinierungsstelle für alle Aktivitäten und Kompetenzen im Bereich Frauen in Wissenschaft und Forschung gefördert.

Das Projekt steht im Rahmen der von Bundesministerin Edelgard Bulmahn eingeleiteten Politik zur Durchsetzung von Chancengleichheit für Frauen in Bildung und Forschung. Ziel dieser Politik ist es, bis zum Jahr 2005 den Anteil von Frauen an den Professuren von 10,5 Prozent im Jahr 2000 auf 20 Prozent und den Anteil von Frauen in Führungspositionen in den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen von heute 5,1 Prozent ebenfalls deutlich zu erhöhen und damit die im internationalen Vergleich schlechte Positionierung Deutschlands zu verbessern.

Das CEWS soll allen mit Chancengleichheit im Forschungs- und Wissenschaftsbereich und mit Frauen- und Gender-Forschung befassten wissenschaftlichen Einrichtungen und Organisationen, den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Wissenschaftlerinnen aus dem In- und Ausland als Dienstleistungseinrichtung zur Verfügung stehen. Zentrale Aufgabe ist es, Instrumente und Strukturen zur Planung, Durchsetzung und Überwachung der Verwirklichung der Chancengleichheit und des Gender-Mainstreaming - Konzeptes im Bereich von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu entwickeln, bei der Umsetzung unterstützend zu wirken und den politischen Institutionen in diesen Fragen zuzuarbeiten. Dabei hat sich das CEWS folgende Ziele gesetzt:

- eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung,
- eine Effizienzsteigerung gleichstellungspolitischer Maßnahmen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen und
- die Verwirklichung des Gender-Mainstreaming als Grundsatz und Methode für alle Konzepte, Prozesse und Maßnahmen in Wissenschaft und Forschung.

Vor diesem Hintergrund wurden fünf thematische Arbeitsschwerpunkte aufgebaut:

1. Hochschulen
2. Forschungseinrichtungen
3. Europäische Zusammenarbeit
4. Wissenschaftlerinnen-Datenbank FemConsult
5. Frauen- und Genderforschung

Arbeitsschwerpunkt Hochschulen

Noch immer nimmt der Frauenanteil an deutschen Hochschulen mit steigendem Qualifikationsniveau stetig ab. Während inzwischen fast 50 Prozent der Studienanfänger weiblich sind, sind nur 10,5 Prozent aller Professuren mit Frauen besetzt (Stand 2000). Um hier eine grundlegende Änderung er-

reichen zu können, sind gezielte Strategien und Maßnahmen erforderlich. Zentrales Anliegen im Arbeitsschwerpunkt Hochschulen ist es, diesen Prozess zu unterstützen und zu beschleunigen.

Zu den zentralen Aufgaben in diesem Bereich gehören insbesondere:

- die Information und Beratung über gleichstellungspolitische Instrumentarien und Fördermöglichkeiten für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Hochschulleitungen und Wissenschaftsorganisationen,
- die Analyse, Evaluation und Weiterentwicklung von gleichstellungspolitischen Instrumentarien an Hochschulen,
- die Entwicklung von Instrumenten zur Umsetzung des Gender - Mainstreaming an Hochschulen und anderen Einrichtungen,
- die Koordinierung und Unterstützung der Arbeit der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in Deutschland.

Beispiele für die Arbeit in diesem Bereich sind:

- Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP) des Bundes und der Länder: Analyse der Umsetzung des Fachprogramms „Chancengleichheit“ in den Bundesländern und Evaluation des Frauenanteils in den übrigen Fachprogrammen. Konzept und Einstellung eines HWP-Portals in das Internet, Veröffentlichung einer HWP-Broschüre mit best-practice-Beispielen, Planung und Durchführung eines HWP-Kongresses.
- Entwicklung von Konzepten zur Initiierung gleichstellungspolitischer Prozesse an einzelnen Hochschulen.
- Veröffentlichung einer Synopse aller gleichstellungsrelevanten Bestimmungen in den Hochschul- und Gleichstellungsgesetzen der Länder.
- Durchführung eines ExpertInnengesprächs zum Thema Mentoring an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Untersuchung zur Auswirkung der Änderung der Qualifizierungswege im Hochschulbereich auf die Karrierechancen von Frauen, z. B. Abschaffung der Habilitation – Einführung von Juniorprofessuren, im internationalen Vergleich.
- Indikatorengezielte Finanzverteilung und Gleichstellung im Ländervergleich.
- Mitarbeit als „statistical correspondent“ für Deutschland bei der Erstellung europaweiter Statistiken durch Eurogramme im Bereich Frauen in Wissenschaft und Forschung.
- Weiterführung und Aktualisierung eines Archivs der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen.

Arbeitsschwerpunkt Forschungseinrichtungen

Ein wesentlicher Bestandteil der außerhochschulischen Forschung in Deutschland sind die gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen der

- Fraunhofer-Gesellschaft
- Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
- Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Für diese gelten – im Gegensatz zu den Hochschulen - bisher bis auf wenige Ausnahmen keine gleichstellungsrechtlichen Regelungen. Gleichwohl sind auch in diesen Forschungseinrichtungen Maßnahmen ergriffen worden, um den Anteil an Wissenschaftlerinnen, insbesondere in Führungspositionen, zu erhöhen.

Die an diesem Prozess Beteiligten zu beraten und zu begleiten ist ein zentrales Anliegen des Arbeitsschwerpunktes Forschungseinrichtungen, insbesondere

- die Beratung und Unterstützung der Geschäftsleitungen und aller weiterer mit Fragen der Chancengleichheit befassten Gremien und Instanzen der Forschungszentren bei der Entwicklung und Umsetzung gleichstellungspolitischer Instrumentarien,
- die Analyse, Evaluation und Weiterentwicklung von gleichstellungspolitischen Maßnahmen und Instrumenten,
- die Entwicklung und Fortschreibung eines übergreifenden Berichtssystems für die Forschungseinrichtungen,
- die Stärkung der Vernetzung der mit Fragen der Chancengleichheit befassten Gremien, Arbeitskreise und Projekte der Wissenschaftsorganisationen,
- die Verbesserung der Vernetzung der Wissenschaftlerinnen der Forschungsorganisationen, Vermittlung von Expertinnen, Referentinnen und Diskussionspartnerinnen.

Im Arbeitsschwerpunkt Forschungseinrichtungen sind folgende Projekte eingebunden:

- Trainings-Seminare für Wissenschaftlerinnen zur erfolgreichen Drittmittel-Einwerbung in den Forschungs-Rahmenprogrammen der Europäischen Gemeinschaft.
- Erstellung eines Handbuchs zum Thema „Chancengleichheit in den Forschungszentren“ als übergreifendes Berichtssystem mit tabellarischen Informationen über alle Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit und statistischen Daten zur Personalsituation in jährlicher Fortschreibung.
- Vorbereitung einer Broschüre mit best-practice-Beispielen aus den Forschungseinrichtungen im Bereich Chancengleichheit.
- Durchführung und Dokumentation des internationalen Kongresses des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Thema „Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung – überholter Ansatz oder zukunftsweisende Politik?“ am 28.05. 2001 im Plenarsaal des Bundeshauses in Bonn mit 450 TeilnehmerInnen.
- Drehbuchbearbeitung, Herstellungsbegleitung, Reproduktion und Vermarktung des zwanzigminütigen Videofilms „Chancengleichheit – Chance für die Wissenschaft“, der in deutscher und englischer Fassung im CEWS kostenlos bestellt werden kann.
- Konzeptualisierung, organisatorische und wissenschaftliche Begleitung sowie Evaluierung der Ergebnisse eines bundesweiten Pilotprojektes zu Karriere- und Bewerbungstrainings sowie Coaching für zukünftige Professorinnen und zur Vorbereitung auf Juniorprofessuren, als erstem Baustein im Rahmen des Bundesprogrammes „Anstoß zum Aufstieg“. Die Karrieretrainings werden für bisher insgesamt 520 Wissenschaftlerinnen in den Jahren 2002/03 durchgeführt, eine erneute Ausschreibung ist für Winter 2002 geplant.

Arbeitsschwerpunkt Europäische Zusammenarbeit

Mit dem Konzept des Gender Mainstreaming soll Chancengleichheit auch Eingang in die europäische Forschungs- und Wissenschaftspolitik finden. Im 5. Forschungsrahmenprogramm der EU wird ein Frauenanteil von 40 Prozent an den Marie-Curie-Stipendien und an allen beratenden Versammlungen und Gutachtergremien angestrebt.

Ziel des Arbeitsschwerpunktes Europäische Zusammenarbeit ist eine Vernetzung und Koordinierung der Arbeit des Kompetenzzentrums mit europäischen und internationalen Netzwerken sowie eine Begleitung der EU-Förderprogramme, insbesondere:

- die Vermittlung von Unterstützung von Wissenschaftlerinnen bei der Beantragung der EU – Forschungsförderung, Erstellen von Materialien, Organisation von Beratungsseminaren,
- die Begleitung und Analyse von EU-Forschungsprogrammen hinsichtlich der Verwirklichung des Gender Mainstreaming,
- die Netzwerkarbeit mit europäischen und internationalen Einrichtungen im Bereich der Förderung von Wissenschaftlerinnen und
- die Zusammenarbeit mit dem Referat „Women and Science“ der Europäischen Kommission, der ETAN -Gruppe sowie der Helsinki-Gruppe.

Projekte in diesem Bereich sind:

- Trainings-Seminare für Wissenschaftlerinnen zur erfolgreichen Drittmittel-Einwerbung in den Forschungsrahmenprogrammen der EU.
- Nutzung der Wissenschaftlerinnen-Datenbank FemConsult zur Gewinnung von Wissenschaftlerinnen als Gutachterinnen in den Evaluation Panels oder als Teilnehmerinnen von beratenden Versammlungen, z. B. in den Monitoring Panels der EU - Rahmenprogramme.

Wissenschaftlerinnen – Datenbank FemConsult

Ein wichtiges Modul für die Arbeit der Vernetzung und der Serviceleistung stellt die Datenbank FemConsult dar. FemConsult ist eine Datenbank für Wissenschaftlerinnen aller Fachdisziplinen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. FemConsult enthält z. Zt. ca. 7.000 aktualisierte Datensätze promovierter bzw. habilitierter Wissenschaftlerinnen aller Fachdisziplinen mit Namen, Anschriften, Fachrichtungen, Lehr- und Forschungsschwerpunkten sowie Hochschul- und Institutszugehörigkeit, Berufserfahrung und Venia Legendi. Sie ist damit die größte Datenbank dieser Art in Europa.

Die Datenbank dient als „Nachwuchsbörse“ und als „Expertinnen- und Gutachterinnenbörse“.

Mit FemConsult sollen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Ministerien sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Einrichtungen bei der Suche nach qualifizierten Wissenschaftlerinnen unterstützt werden, um den Frauenanteil bei der Besetzung von Professuren und anderer Führungspositionen im wissenschaftlichen Bereich zu erhöhen. Die Datenbank kann darüber hinaus auch bei der Suche nach Lehrstuhlvertretungen, Gutachterinnen und Expertinnen für Vorträge, Gremien- und Ausschusstätigkeiten genutzt werden.

Die Datenbank soll im Laufe des Jahres 2002 ins Internet gestellt, international ausgebaut und vernetzt werden. Gleichzeitig wird die Datenbank erweitert durch Weiterentwicklung der Fächer- und Schwerpunktsystematik.

Ein wichtiges Anliegen in diesem Zusammenhang ist das Bemühen um die Aufnahme weiterer Wissenschaftlerinnen, vorrangig auch aus den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und dem europäischen Ausland.

Frauen- und Genderforschung

Frauen- und Genderforschung hat sich in den letzten Jahrzehnten in Lehre und Forschung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Hochschulen und Forschungseinrichtungen etabliert. Im Arbeitsschwerpunkt Frauen- und Genderforschung soll ein Netzwerk zur Information über solche Institutionen, die Forschungsprojekte sowie deren Ergebnisse via Internetplattform aufgebaut werden; dies soll zur Herstellung und Vernetzung frauenforschungsförderlicher Strukturen beitragen, die dann gestaltenden Einfluss nehmen auf Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Dazu werden empirische Forschungsergebnisse und aktuelle Informationen aus dem Bereich Frauen in Wissenschaft und Forschung thematisch aufbereitet und öffentlich zugänglich gemacht.

Das beinhaltet im einzelnen:

- die empirischen und theoretischen Arbeiten zu den Bedingungsfaktoren der Marginalisierung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb,
- die spezifischen Interventionskonzepte und deren Evaluation,
- die Literaturlatenbank zu „Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung zum Thema Frauen in Wissenschaft und Forschung“ wird über den Server der Universitäts-Bibliothek im Internet zugänglich gemacht,
- die Ableitung von Empfehlungen auf der Grundlage des aktuellen Wissensstandes,
- die Vernetzung von WissenschaftlerInnen im Bereich Frauen- und Genderforschung und Erstellung einer diesbezüglichen „Institutionen-Datenbank“ und
- die Organisation von Tagungen, Kongressen und Workshops zu dieser Thematik.

Das CEWS- Internetportal (www.cews.uni-bonn.de), der regelmäßig erscheinende umfassende elektronische Newsletter und die Schriftenreihe cews publik spiegeln die vielfältigen Arbeitsbereiche und die umfassenden Ergebnisse der Arbeit des CEWS deutlich wider.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung
Universität Bonn, Poppelsdorfer Allee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 - 73 48 35, Fax: 0228 - 73 48 40
cews-info@cews.uni-bonn.de